

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Rußland/GUS
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Roland Götz

Russlands Wirtschafts- entwicklung

**Abhängig vom Ölpreis oder der staat-
lichen Politik?**

(Erscheint in veränderter Form in:
Internationale Politik, Juli 2006)

FG 5 2006/06, Juni 2006

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Russlands Wirtschaftsentwicklung

Abhängig vom Ölpreis oder der staatlichen Politik?

Die russische Wirtschaft befindet sich seit 1999 in einem ununterbrochenen Aufschwung. Dieser ist allerdings in hohem Maße von der Ölpreisentwicklung gesteuert und damit instabil. Die längerfristigen Wachstumsaussichten werden von der demografischen Entwicklung, der Verbesserung der Infrastruktur sowie davon beeinflusst werden, ob die in einigen Branchen zu beobachtende Renationalisierung wirtschaftlichen Erfolg haben wird. Russland könnte seine Position als Energiegroßmacht nur in begrenztem Umfang gegen Europa ausspielen, da es auch in Zukunft vor allem auf den europäischen Absatzmarkt angewiesen sein wird. Europäisch-russische Projekte zur Erhöhung der Energieeffizienz sollten im Vordergrund der Bemühungen um Energiesicherheit stehen.

Die russische Wirtschaft befindet sich seit 1999 in einer Aufschwungsphase mit jährlichen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts (Bruttoinlandsprodukt) zwischen 5 und 10%. Zwar war das gesamtwirtschaftliche Wachstum 2005 etwas geringer als 2004 ausgefallen und für 2006 wird eine weitere Abschwächung erwartet, doch liegen die Wachstumsraten gegenwärtig immer noch in einer Größenordnung, die eine Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukt innerhalb von 15 Jahren zur Folge hat.

Präsident Putins Vision von einem "Einholen Portugals" (gemeint ist das Gleichziehen mit dessen Pro-Kopf-Einkommen) ist bei einer Fortsetzung der positiven Wirtschaftsentwicklung durchaus realistisch, auch wenn dieses Ziel nicht in der von ihm gewünschten Frist von 10 Jahren erreichbar sein wird.

Tabelle 1: Entwicklung der russischen Wirtschaft 1999 - 2005

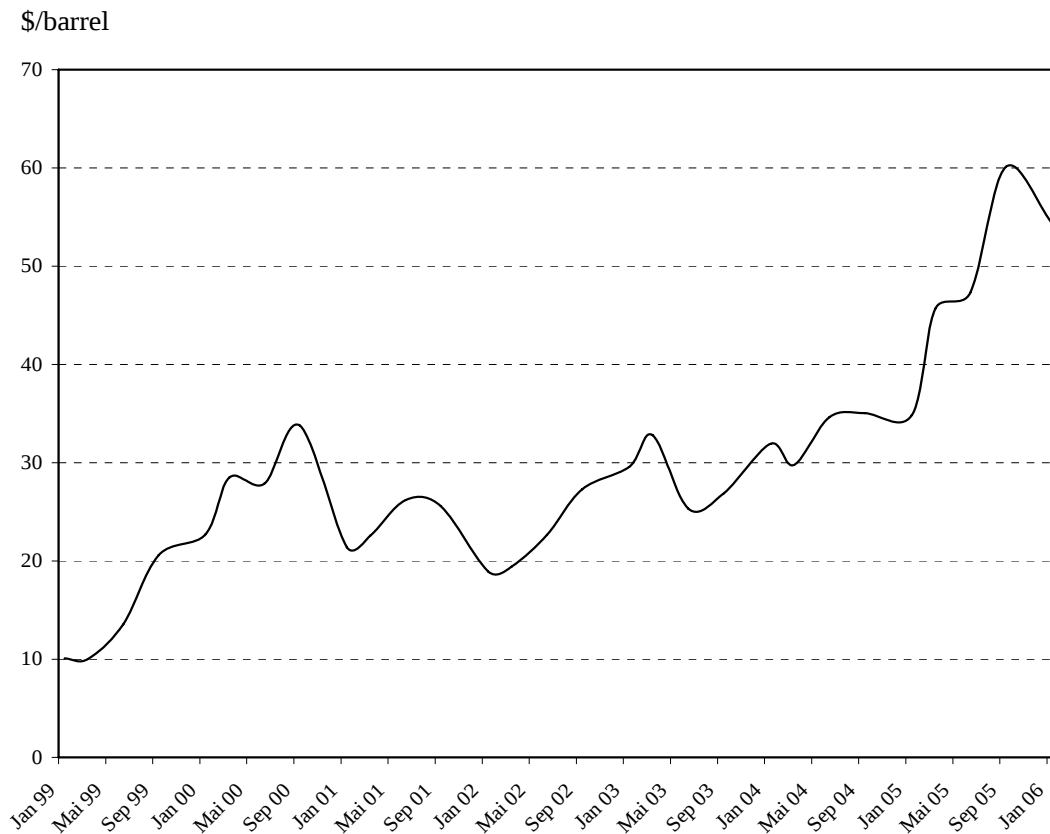
		1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bruttoinlandsprodukt	Veränderung %	6,4	10,0	5,1	4,7	7,3	7,2	6,4
Industrieproduktion	Veränderung %	11,0	11,9	2,9	3,1	8,9	8,3	4,0
Anlageinvestitionen	Veränderung %	5,3	17,4	10,0	2,6	12,5	11,7	10,7
Exporte	Mrd. US-\$	75,6	105,0	101,9	107,3	135,9	183,5	245,3
Importe	Mrd. US-\$	39,5	44,9	53,8	61,0	76,1	97,4	125,1
Saldo der Handelsbilanz	Mrd. US-\$	36,1	60,1	48,1	46,3	59,8	86,1	120,2
Ausländische Direktinvestitionen	Mrd. US-\$	4,3	4,4	4,0	4,0	6,8	9,4	13,1

Quellen: Russisches Statistisches Amt (Rosstat), <http://www.gks.ru/wps/portal>; Central Bank of Russia (CBR), <http://www.cbr.ru/eng/>.

Ein wenig wurde dieses positive Bild allerdings durch die schwache Entwicklung der Industrieproduktion getrübt, deren Zuwachsrate sich 2005 gegenüber 2004 von 8% auf 4% halbiert hat. Dies lag vor allem daran, daß Russlands Förderung von Erdöl und Erdgas 2005 nahezu stagnierte, obwohl Energierohstoffe weltweit sehr gefragt waren. Die Gründe für das schwache Abschneiden des russischen Energiesektors im Jahr 2005 waren "hausgemacht". In Russlands Ölsektor hatte die Zerschlagung des Jukos-Konzerns und seine Eingliederung in die staatliche Rosneft Produktionsverluste zur Folge gehabt, während im Gasbereich der seit Jahren vor sich gehende Förderabfall in den westsibirischen Hauptfördergebieten durch die Produktionsaufnahme in neuen Vorkommen nur knapp ausgeglichen werden konnte.

Weil jedoch 2005 die Öl- und Gaspreise neue Rekordhöhen erreichten, hatte das stockende Produktionswachstum bei Erdöl und Erdgas keine negativen Auswirkungen auf die Unternehmensergebnisse und die monetären Ströme in der Volkswirtschaft: Die privaten Gewinne und Arbeitseinkommen sowie die staatlichen Budgeteinnahmen profitierten von den steigenden Erlösen auf den Exportmärkten. Daß der russische Wirtschaftsaufschwung seit Anfang des Jahrzehnts überwiegend von der Ölpreisentwicklung beeinflusst ist, zeigt ein Vergleich der Schaubilder 1 und 2:

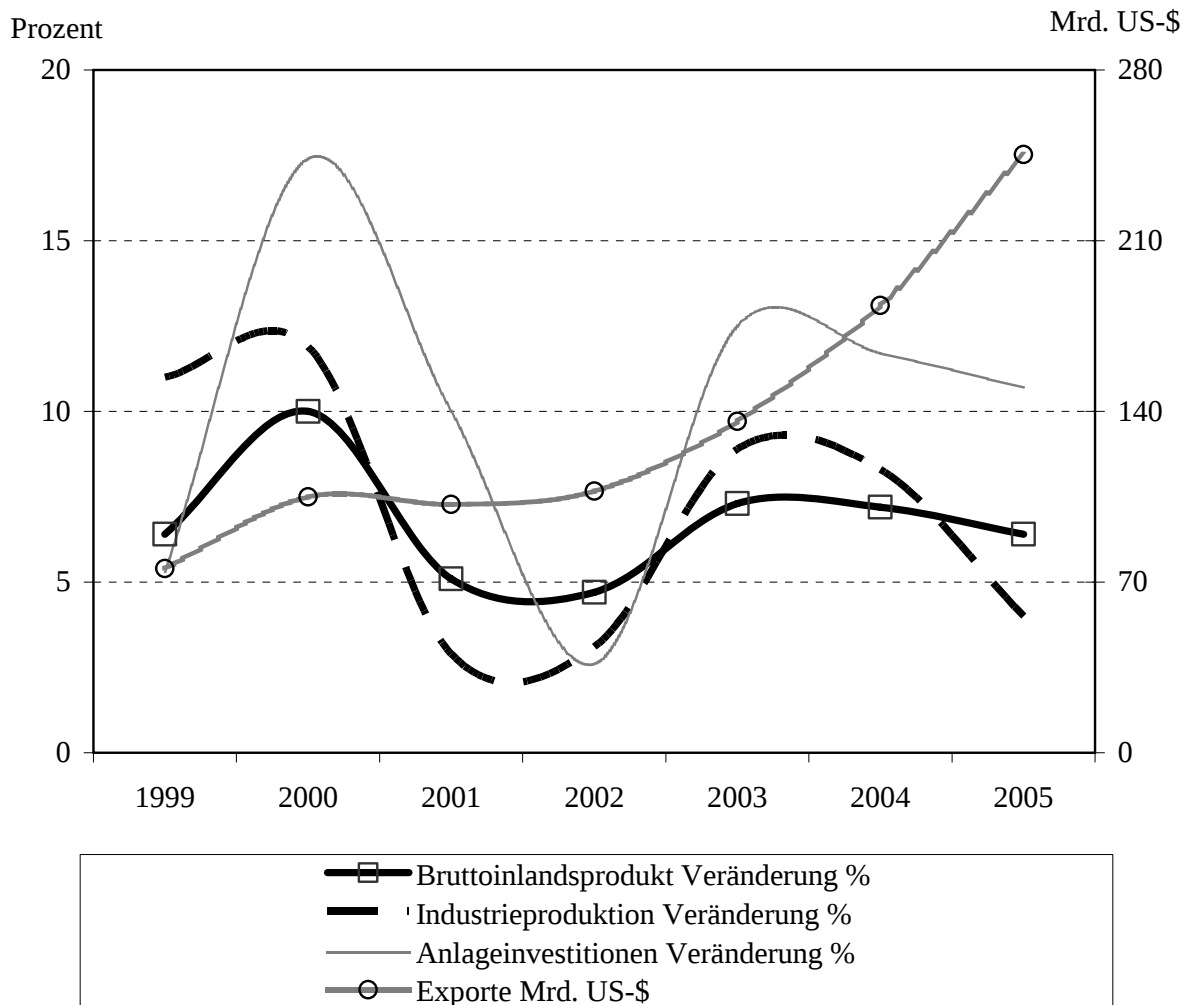
Schaubild 1: Preis für Erdöl Marke Urals



Quelle: <http://www.scotia-group.com/downloads/oil.asp>.

Der steigende Ölpreis sowie der an ihn gekoppelte Preis für Erdgasexporte auf den europäischen Markt wirken sich als "Lokomotiven" der Wirtschaftsentwicklung aus, die andere Sektoren nach sich ziehen. Allerdings hat der Exportboom auch Schattenseiten. Die anhaltend hohen Außenhandelsüberschüsse führen zur Aufwertung des Rubels. Dadurch werden Exporte (außerhalb der durch steigende Exportpreise begünstigten Rohstoffwirtschaft) erschwert und Importe sowohl von Konsum- als auch Investitionsgütern werden begünstigt. Das in vielen Rohstoffexportländern auftretende "Dutch-disease"-Phänomen florierender Rohstoffsektoren bei gleichzeitig unter Preisdruck leidenden verarbeitenden Industrien macht sich auch in Russland bemerkbar. Ein weiterhin hoher oder sogar noch steigender Erdölpreis wird sich daher in Russland auch in Zukunft teilweise positiv, teilweise negativ auswirken.

Schaubild 2: Veränderung des Bruttoinlandsprodukts, der Industrieproduktion und der Anlageinvestitionen in % gegenüber dem Vorjahr sowie Exporte in Mrd. US-\$



Quellen: Siehe Tabelle 1.

Auf jeden Fall führt die Abhängigkeit vom Ölpreis zu einer Unbeständigkeit der Wachstumsraten von Produktion und Investitionen. Dies zeigte sich bereits in den Jahren 1999-2005, als sich die Schwankungen des Ölpreises in entsprechenden Wachstumszyklen der russischen Wirtschaft niederschlugen. Noch wichtiger als die Stetigkeit des Wirtschaftswachstums ist jedoch, in welcher Größenordnung die Wachstumsraten künftig liegen werden.

Langfristige Wirtschaftsaussichten

Über die längerfristige Wirtschaftsentwicklung gehen die Meinungen stark auseinander. Das russische Wirtschaftsministerium prognostiziert – je nach Entwicklung des Ölpreises und in Abhängigkeit von einer mehr oder weniger "innovativen" Wirtschaftspolitik – anhaltend hohes Wirtschaftswachstum im Bereich von 5-7% pro Jahr bis 2015. Die Londoner "Economist Intelligence Unit" ist dagegen wesentlich pessimistischer und sagt mittelfristig einen Rückgang der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts auf 3% voraus (vgl. Tabelle 2). Verantwortlich dafür seien kurzfristig schwer zu beeinflussende Faktoren wie die demographische Situation, Mängel der Infrastruktur sowie staatliche Interventionen in die Wirtschaft, darunter Schritte zur Verstaatlichung (Renationalisierung) von Unternehmen.

Tabelle 2: Prognosen der russischen Wirtschaftsentwicklung 2006-2015 (Jahresdurchschnittliche Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in %)

		2006-2008	2009-2010	2011-2015
Russisches Wirtschaftsministerium	Basisszenario	5,6	5,1	4,9
	"Innovatives" Szenario	5,8	6,0	6,7
	"Innovatives" Szenario mit hohem Ölpreis	6,0	6,2	6,8
Economist Intelligence Unit (EIU)		5,4	4,4	3,1

Quellen: Economist Intelligence Unit, Country Report Russia, March 2006; Ministerium für Wirtschaftliche Entwicklung und Handel der Russischen Föderation, Langfristprognose der russischen Wirtschaft, <http://www.economy.gov.ru/wps/portal/russian>.

Die bestehenden Mängel der Infrastruktur auf den Gebieten des Transportsystems sowie der kommunalen Versorgungssysteme ließen sich, allerdings nicht kurzfristig, durch entsprechende Investitionsprogramme beheben. Sie müßten vom Staat wie auch von der Privatwirtschaft durchgeführt und finanziert werden, begleitet von einer Privatisierung bisheriger kommunaler Dienstleistungen. Dagegen stellen die negativen Entwicklungen im Bevölkerungsaufbau für Russland eine Herausforderung dar, auf die geeignete Antworten noch weitgehend fehlen.

Wachstumshemmnis Demographie

Die demographischen Trends in Russland hat die Weltbank in einer Studie eindringlich wie folgt beschrieben (siehe Tabelle 3): In Russland führen nicht nur abnehmende Geburtenraten, sondern vor allem eine extrem hohe Sterblichkeit in mittleren Jahrgängen zur Überalterung der Bevölkerung und deren stetigem Rückgang. Besonders auffällig ist im internationalen Vergleich die hohe Sterbenswahrscheinlichkeit der männlichen Bevölkerung zwischen 15 und 60 Jahren, die mit 42% mehr als dreimal so hoch ist wie in westlichen Ländern. Häufigste Todesursachen sind Herz- und Kreislauferkrankungen, wofür eine ungesunde Ernährung, Alkohol- und Nikotinkonsum in erster Linie verantwortlich sind.

Tabelle 3: Lebenserwartung und Sterblichkeit von Erwachsenen in ausgewählten Ländern 2000-2001

	Lebenserwartung bei der Geburt in Jahren (2001)	Sterbenswahrscheinlichkeit zwischen 15 und 60 Jahren in % (2000-2001)	
		Männer	Frauen
Russland	66	42,4	15,3
Japan	81	9,8	4,4
Frankreich	79	13,7	5,7
USA	78	14,1	8,2
Deutschland	78	12,6	6,0
UK	77	10,9	6,6
Dänemark	77	12,9	8,1
Mexiko	73	18,0	10,1
Polen	70	22,8	8,8
Türkei	70	21,8	12,0
Brasilien	68	25,9	13,6
Kirgistan	66	33,5	29,9

Quelle: Quelle: The World Bank, Dying too young, 2005,

<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/ECAEXT/0,,contentMDK:20661159~pagePK:146736~piPK:146830~theSitePK:258599,00.html> www.worldbank.org, S. 9.

Präsident Putin nannte das demographische Problem in seiner Jahresbotschaft 2005 das "drängendste des gegenwärtigen Rußlands" und verlangte als Gegenmaßnahmen die Senkung der Sterblichkeit, die Erhöhung der Geburtenhäufigkeit sowie eine "effektive" Migrationspolitik. Einige wenige Lichtblicke konnte er bereits erkennen. Erste Schritte zur Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit seien eingeschlagen, der Rückgang der Kindersterblichkeit sei zu beobachten und teilweise auf die Verbesserung der sozialen Lage zurück zu führen. Das "Nationale Projekt Gesundheit" werde seiner Meinung nach ebenfalls einen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten. Ziel der Einwanderungspolitik solle die Rückkehr der Auslandsrussen (gemeint sind die Russen in den GUS-Staaten) sein. Freilich ist kaum anzunehmen, daß all dies ausreichen wird, um den Bevölkerungsrückgang aufzuhalten. Daher ist anzunehmen, daß die demographische Entwicklung das langfristige Wirtschaftswachstum tatsächlich hemmen könnte.

Kann Renationalisierung das Wirtschaftswachstum fördern?

Russlands Bruttoinlandsprodukt wird zu etwa zwei Dritteln im privaten Bereich (einschließlich der informellen Wirtschaft) erzeugt und nur ein Drittel entfällt auf die Wertschöpfung des Staates und staatlicher Betriebe. Dieses Verhältnis besteht auch in der Energiewirtschaft. Gerade im Energiebereich machten allerdings seit 2003 Übernahmen privater Betriebe durch Staatsunternehmen Aufsehen und ließen im Westen Befürchtungen über eine Renationalisierung laut werden. Im Vordergrund der Aufmerksamkeit standen die Zerschlagung von Chodorkowskis Ölkonzerns Jukos und die Übernahme des Jukos-Hauptbetriebs Juganskneftegas durch die staatliche Rosneft sowie der Kauf der dem "Oligarchen" Abramowitsch gehörenden Ölfirma Sibneft durch die halbstaatliche Gazprom. In beiden Fällen wurde die Finanzkraft der beteiligten Staatsunternehmen erheblich strapaziert, was die Wachstumsraten der Öl- und Gasförderung 2005 gegenüber 2004 verminderte. Vorangegangen war 2003 bereits der Kauf von Severnaja neft durch Rosneft, den Chodorkowski in Gegenwart von Putin mit Korruption

in Zusammenhang gebracht hatte, was zu einem der Auslöser der Kampagne gegen ihn wurde. Ob ein stärkerer staatlicher Einfluß im Energiesektor volkswirtschaftlichem Nutzen bringt, ist unklar. Beim Förderwachstum fallen jedenfalls die Staatsunternehmen (Rosneft und Gazprom) hinter ihren privaten Konkurrenten zurück und gelten als vergleichsweise intransparent. Dabei ist anzumerken, daß der russische Staat – im Unterschied zu den meisten OPEC-Ländern – kein reines Staatseigentum im Energiesektor anstrebt, sondern sich mit einer Mehrheit an den führenden Unternehmen begnügen will. Was der Kreml allerdings auf keinen Fall zugestehen will, sind Mehrheitsbeteiligungen ausländischer Firmen an russischen Energieunternehmen. Daher wurde einerseits der von Chodorkowski geplante Verkauf des Jukos-Konzerns an westliche Ölfirmen verhindert, die 13 Mrd. US-\$ teure Auszahlung von Abramowitsch (der seither in England lebt) durch das Staatsunternehmen Rosneft aber gebilligt.

Im rüstungsnahen Bereich sind Verstaatlichungstendenzen unverkennbar. Der bislang private russische Titanproduzent "VSMPO Avisma", der ein Drittel des Weltmarktbedarfs deckt, befürchtet eine Übernahme durch den staatlichen Waffenhandelskonzerns Rosoboronexport, weil seine Produktion als strategisch wichtig angesehen wird. Zwei große Maschinenbaubetriebe gingen bereits 2005 in halbstaatliche Hände über. Der "Oligarch" Kacha Bendukidze übereignete, nachdem er georgischer Wirtschaftsminister geworden war, seinen Anteil an den "Vereinigten Maschinenbaubetrieben" (ehemals "Uralmasch") an die Gazprombank. Wladimir Potanin, ebenfalls ein "Oligarch" der ersten Stunde, verkaufte seinen 22%-Anteil an dem Energiemaschinenbauer "Kraftmaschinen" statt an Siemens an den russischen Stromkonzern Vereinigte Energiesysteme (UES). Beide Transaktionen entsprachen Wünschen des Kremls und bedeuten die Eingliederung von erfolgreichen Unternehmen in branchenfremde, aber staatlich beeinflusste Strukturen.

Freilich gibt es auch Beispiele für Teilverstaatlichungen, bei denen ein ökonomisches Motiv überwiegt. Im Kraftfahrzeugsektor wurde der kränkelnde Automobilbauers AvtoVAZ (Togliatti) in den Staatsbetrieb Rosoboronexport eingegliedert und die Rede ist auch vom Zusammenschluß der verbleibenden beiden anderen größeren Autoproduzenten, des Pkw-Firma GAZ (Nischny Nowgorod) und des Lkw-Bauers KamAZ (Nabereschnye Tschelny) unter dem Dach von Rosoboronexport. Es wird angestrebt, der immer stärker werdenden Auslandskonkurrenz und ihren russischen Niederlassungen einen wettbewerbsfähigen großen russischen Autoproduzenten gegenüberzustellen – ob dies Erfolg haben wird, wird die Zukunft zeigen. Beim Flugzeugbau beginnt 2006 der Zusammenschluß der staatlichen und privaten Flugzeugbetriebe unter dem Dach der "Vereinigten Flugzeugbau-Gesellschaft" (OAK), die zu drei Vierteln in Staatsbesitz stehen soll. Damit werden nicht nur die finanziellen und personellen Kapazitäten der unter Auftragsmangel leidenden Branche gebündelt, sondern daraus kann auch ein Partner für die europäische Luftfahrtindustrie entstehen.

Russland als Energiemacht: Druckpotential gegenüber Europa?

Im Zusammenhang mit dem ukrainisch-russischen "Gasstreit", aber auch hervorgerufen durch Russlands Selbstpositionierung als "Energiegroßmacht", wurden Befürchtungen laut, Russland könne seine Angebotsmacht benutzen, um politische Ziele – etwa die Konservierung bzw. Wiedergewinnung seiner Vormachtstellung im postsowjetischen Raum – durchzusetzen. Während der russische Anteil an den europäischen Erdölimporten rund ein Drittel beträgt, kommen aus Russland rund zwei Drittel des Erdgases, das Europa von außerhalb seines Terri-

toriums bezieht.¹ Das "Erpressungspotential" könnte daher vor allem gegenüber den europäischen Gasabnehmern bestehen.

Gegen diese Möglichkeit spricht allerdings der Umstand, daß Russland seine Energieträger fast ausschließlich nach Europa liefert und daher auf seine europäischen Abnehmer noch mehr angewiesen ist, als diese von Russland abhängen. Bestenfalls kann man von einer hohen gegenseitigen "numerischen Abhängigkeit" sprechen, deren Umsetzung in politisches Handlungspotential für beide Seiten kaum möglich ist. Weder kann Russland gegenüber seinen Hauptkunden seinen Ruf als verlässlicher Lieferant aufs Spiel setzen, noch haben die Abnehmer ihrerseits ein "Boykottpotential", das sie etwa zur Erzwingung demokratischer Verhältnisse in Russland einsetzen könnten. Daraus erklärt sich auch, daß die Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion bzw. Russland und den europäischen Kunden in den Zeiten des Kalten Krieges von politischen Entwicklungen unberührt vor sich gingen. Auch der "Gaskrieg" zwischen der Ukraine und Russland fügt sich in dieses Bild ein, denn die russische Seite mußte sich nach wenigen Tagen zu einem Kompromiß bereit finden, weil es auf Grund ukrainischer Gasentnahmen aus den nach Westeuropa führenden Fernpipelines dort zu einem Druckabfall gekommen war.²

Eine Betrachtung des russischen Angebotspotentials bei Erdgas zeigt auf, daß die "Energiegroßmacht Russland", anders als es scheint, nicht auf sehr festen Beinen steht.³ Die Gasförderung der halbstaatlichen Gasprom, die vom Kreml als Instrument seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik ausersehen ist und der die größten Gaslagerstätten Russlands übertragen wurden, wird bis 2020 nur noch wenig zunehmen. Dies liegt daran, daß die größten, in Westsibirien gelegenen Gasfelder in Russland schon seit Jahrzehnten ausgebeutet werden und sich in der Phase des Förderniedergangs befinden. Auch wenn ab 2010 die ebenfalls großen Vorkommen auf der Jamal-Halbinsel und in der Barentssee ihre Förderung aufnehmen werden, kann dadurch zwar der Förderniedergang der westsibirischen "Gigantenfelder" ausgeglichen, aber kein spektakulärer Förderzuwachs erzielt werden (siehe Tabelle 4). Anders sieht es mit der Gasförderung der Ölgesellschaften und unabhängigen Gasunternehmen aus. Sie werden, wenn der ihre Rentabilität hemmende niedrige Inlandspreis für Erdgas entsprechend angehoben wird, ihre Förderung erheblich ausweiten können. Mit ihrer Hilfe könnte zwischen 2005 und 2020 ein jährlicher Zuwachs der Gasförderung von knapp 2% pro Jahr erreicht werden. Um jedoch eine Steigerung des Gasexports zu erzielen, die für die geplanten Exporte nach China/Südostasien und die USA ausreicht, muß außerdem der Gasexport aus Zentralasien nach Russland erheblich ansteigen. Dies wiederum setzt voraus, daß Turkmenistan seine Vertragsverpflichtungen gegenüber Russland einhält und die von ihm ebenfalls angestrebte Exportalternativen Richtung China und Pakistan/Indien nicht realisiert.

¹ Roland Götz, Rußlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas, SWP-Studie 6/2004, www.swp-berlin.org

² Roland Götz, Nach dem Gaskonflikt, SWP-Aktuell 3/2006, www.swp-berlin.org

³ Zum russischen Ölsektor sieht Roland Götz, Rußlands Erdöl und der Welterdölmarkt. Trends und Prognosen, SWP-Studie 40/2005, www.swp-berlin.org.

Tabelle 4: "Optimistische" Gasbilanz Russlands 2005-2020*

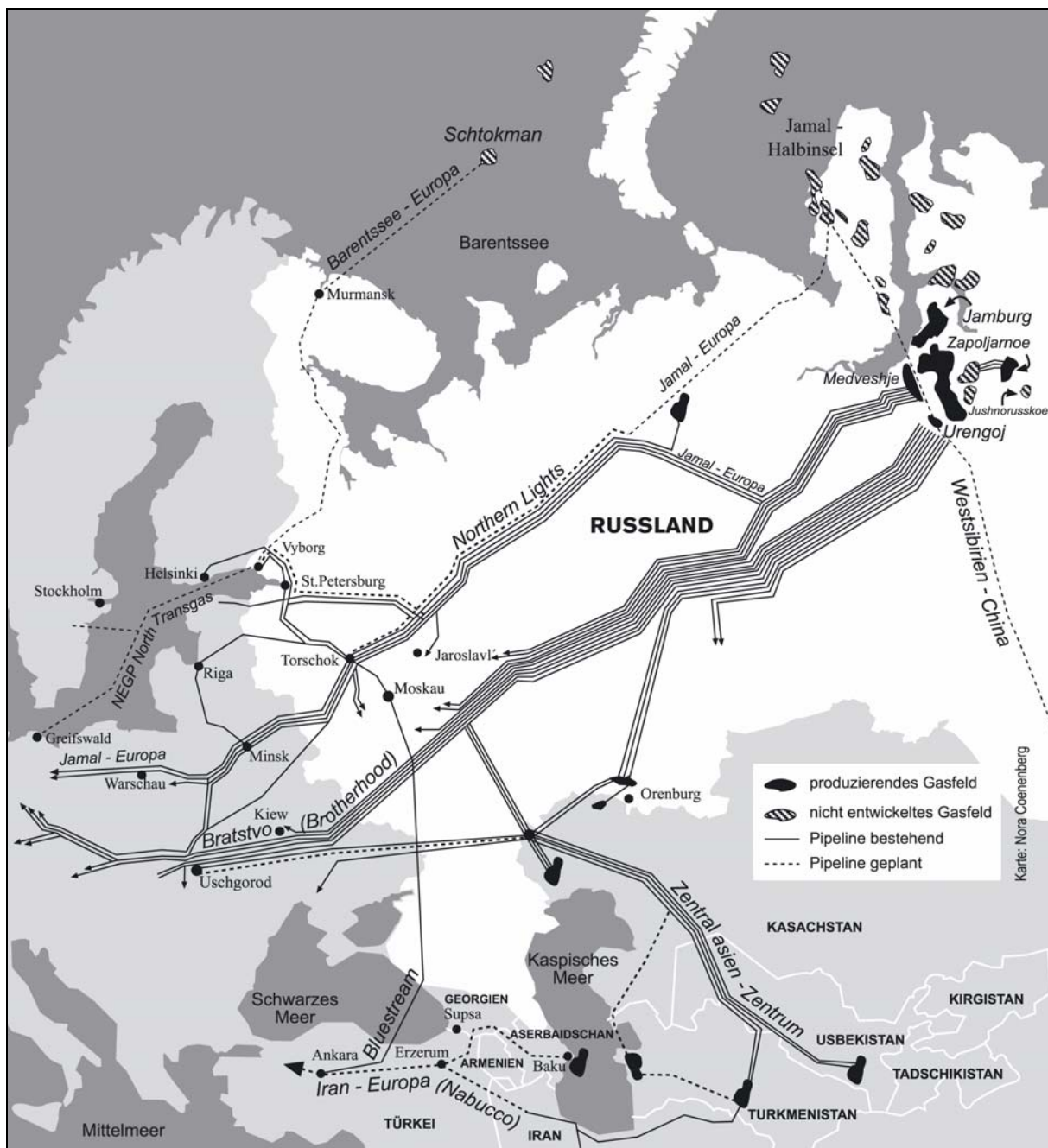
	Mrd. m ³	Mrd. m ³	Mrd. m ³	Durchschnittliche jährliche Veränderung (%)
	2005	2010	2020	2005-2020
Förderung Gasprom	547	560	590	0,5
Förderung Ölgesellschaften und Unabhängige	93	120	235	6,4
Förderung insgesamt	640	680	825	1,7
Import (ohne Transitlieferungen)	10	60	90	15,8
Gesamtes Aufkommen	650	740	915	2,3
Export nach Europa	150	180	200	1,9
Export in die GUS	55	55	55	0,0
Export nach China/USA	0	30	120	
Gesamtexport	205	265	375	4,1
Binnenverbrauch (einschließlich Verluste und Eigenverbrauch der Gasindustrie)	445	475	540	1,3

* Unter sehr günstigen Annahmen für die Gasförderung der Ölgesellschaften, unabhängigen Gasprozenten sowie für den Import. Quellen: Gasprom: www.gazprom.ru; Russische Energiestrategie; Eigene Berechnungen.

Neben der Unsicherheit über die Zuverlässigkeit Turkmenistans als Geschäftspartner stellt der russische Binnenverbrauch die zweite problematische Größe dar. Gemäß der russischen Energiestrategie soll der Inlandsverbrauch nur mit 1,3% pro Jahr zunehmen und somit deutlich geringer anwachsen als das Bruttoinlandsprodukt. Ob es zu der geplanten Effizienzsteigerung vor allem bei der Stromerzeugung kommen wird, hängt aber wesentlich von der zukünftigen Preisentwicklung für auf den Binnenmarkt geliefertes Erdgas ab. Da mehr als zwei Drittel der russischen Erdgasförderung im Inland verbraucht werden, bieten Maßnahmen der Energieeffizienz und Energieeinsparung ein weites Betätigungsfeld, darunter auch für westliche Firmen – aber nur, wenn sie von einer entsprechenden Preispolitik gestützt werden. Eine deutliche Begrenzung des Wachstums des russischen Binnenverbrauchs von Erdgas (oder sogar seine Senkung) könnte die absehbare Verzögerung der großen Erschließungsvorhaben im Hohen Norden Russlands ausgleichen und Befürchtungen über eine sich abzeichnende "Gaslücke" gegenstandslos machen.

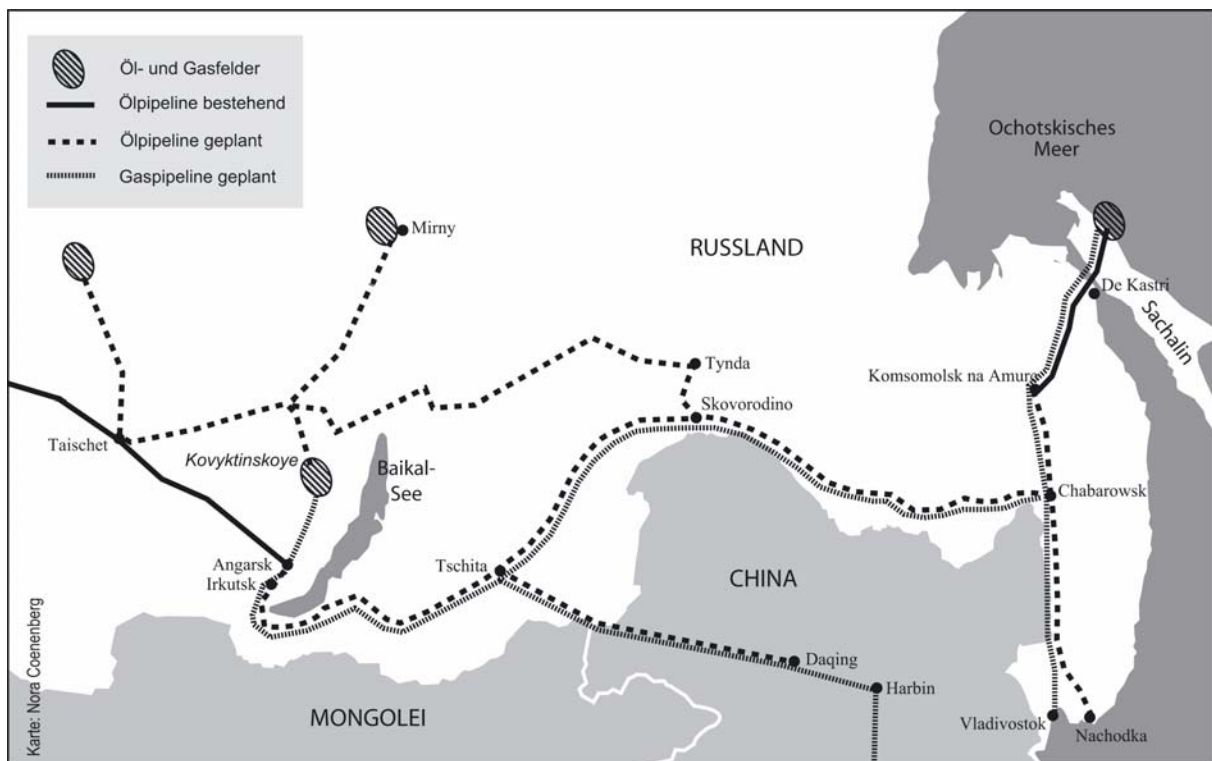
Könnte, wie befürchtet wird, Russland einen erheblichen Teil seiner Erdöl- und Erdgasexporte von Europa weg nach Asien lenken und somit die europäischen Abnehmer unter Druck setzen und gleichzeitig eine seine strategische Partnerschaft mit China energiepolitisch untermauern? Dagegen spricht, daß die russischen Öl- und Gaspipelines aus den in Westsibirien und Westrußland gelegenen Hauptfördergebieten nach Westen führen, während die nach Osten weisenden Pipelineprojekte erst 2005 mit einer Ölpipeline Richtung Pazifikküste erst langsam in Gang kommen (Karte 1).

Karte 1: Gaspipelines Richtung Westen



Bei Erdgas sind die Lieferbeziehungen bis auf weiteres (d.h. bis zur weitgehenden Ersetzung des Pipelinetransports durch Flüssiggastransport) durch das bestehende Pipelinenetz festgelegt, das in Westrichtung von gegenwärtig rund 200 Mrd. m³ bis 2020 voraussichtlich auf rund 300 Mrd. m³ erweitert werden wird. Die Exportkapazität Richtung Osten (China/Pazifikküste) muß dagegen erst aufgebaut werden und dürfte 2020 mit rund 100 Mrd. m³ maximal 20% der gesamten russischen Gasexportkapazität (Pipeline- und Flüssiggas) betragen. Die Exporte in Ostrichtung sollen vorwiegend aus den Öl- und Gasvorkommen Ostsibiriens und des Fernen Ostens gespeist werden (Siehe Karte 2). Zum Teil sollen allerdings auch die westsibirischen Felder für die Exporte Richtung China und Japan heran gezogen werden.

Karte 2: Gas- und Ölpipelines Richtung Osten



Daraus ergibt sich für die russische Energieexportpolitik ein gewisser Handlungsspielraum – Öl- und Gasmengen könnten in begrenztem Umfang entweder nach Europa oder nach Ost- und Südostasien geleitet werden.⁴ Dieser Handlungsspielraum darf aber nicht überschätzt werden. Nicht nur setzen ihm die Pipelinekapazitäten Grenzen, sondern Russlands Gasprom begibt sich mit seinen Exporten Richtung Osten auch in Konkurrenz zu den zentralasiatischen GUS-Staaten Kasachstan und Turkmenistan, die wegen ihrer geringeren Transport- und Förderkosten gegenüber den Lieferungen aus den neu zu erschließenden west- und ostsibirischen Öl- und Gasfeldern im Vorteil sind. Daher werden die östlichen Märkte zumindest aus ökonomischer Sicht für Russland keine dem europäischen Markt überlegene Alternative darstellen. Europa wird daher auch in Zukunft der dominierende Markt für russische Energieträgerexporte bleiben.

Zwar bringt die russische Seite die "chinesische Karte" (und auch die Option USA) absichtsvoll ins Spiel, um europäische Vorbehalte gegenüber dem Vordringen russischer Energieunternehmen auf den europäischen Märkten zu überwinden, doch sollten beide Seiten nicht der Vorstellung von einem "Nullsummenspiel" unterliegen, bei dem es nur Gewinner oder Verlierer geben kann. Vielmehr können beide Seiten erheblich gewinnen, wenn sie sich im Energiebereich zu einer großangelegten Zusammenarbeit auf den Gebieten der Effizienzerhöhung, des Energiesparens, der CO₂-Sequestrierung (Abscheidung und Lagerung von Kohlendioxyd) und beim Übergang zu nichtfossilen Brennstoffen bereit finden. Dies wäre gleichzeitig die effektivste Energiesicherheitspolitik, die für Europa denkbar ist.

⁴ Roland Götz, Europa und China im Wettstreit um Russlands Erdgas? SWP-Aktuell, 18/2006, www.swp-berlin.org